



Partizipation und Mitbestimmung

Positionspapier

Stefan Fritzsche, Volker Henning, Klaus Kupke, Phillip Volkmann

Fortschreibung des Positionspapiers der Stadt- und GemeindejugendreferentInnen zum Thema Partizipation und Mitbestimmung

Seit der Veröffentlichung des ersten Positionspapiers im Jahr 1998 hat sich in diesem Bereich viel geändert. Das Thema ist aktueller denn je. Dies zeigt auch das Papier „Jugendbeteiligung“ der AG der Jugendreferenten/innen des Landkreistages Baden-Württemberg, zu dem die AG der Stadt- und Gemeindejugendpfleger/innen/-referent/innen des Städtetags und Gemeindetags Baden-Württemberg im Jahr 2000 Stellung genommen hat. Nachfolgend die Fortschreibung des alten Papiers verbunden mit der Darstellung verschiedener Beispiele von Mitbestimmungs- beziehungsweise Partizipationsformen.

Das Papier wendet sich an Gemeinde- und Ortschaftsräte, an Bürgermeister/innen, an die Kinder- und Jugendhilfeausschüsse, die sich in ihrem Zuständigkeitsbereich überlegen, Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung zu unterstützen, zu verwirklichen oder die Auswertung bisher gemachter Erfahrungen vorhaben. Ziel muss es ein, Kindern und Jugendlichen eine wirkliche und wirksame Beteiligung an Prozessen und Entscheidungen zu ermöglichen, ihre Gegenwart und Zukunft zu gestalten. Kinder und Jugendliche sollen dabei als Experten/innen in eigener Sache verstanden und behandelt werden.

I. Allgemeiner Teil

Mitbestimmung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Mitbestimmung und Partizipation sind zu Schlüsselbegriffe unserer Gesellschaft geworden.

Die dabei zu erwerbenden - aber auch die dafür notwendigen Fähigkeiten (z. B. Selbstwertgefühl, soziale und kreative Kompetenzen, Team- und Dialogfähigkeit) - sind zwischenzeitlich wichtige Kompetenzen für die individuelle Lebensplanung und eine relativ gesicherte Teilhabe am Erwerbsleben in unserer Gesellschaft.

Heute wird - im Zuge neuer sozialer und gesellschaftlicher Bewegungen - politische Partizipation in Teilen unserer Gesellschaft allerdings in einem weiteren, umfangreicheren Sinne verstanden und praktiziert.

Partizipation ist dabei nicht mehr nur der Versuch der Einflussnahme auf einen politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess, sondern wird als ein darüber hinausgehendes umfassendes Engagement der Bürger/innen an sozialen Prozessen verstanden, das mit Begriffen und Werten wie Selbstbestimmung, Eigenverantwortlichkeit, Freiwilligkeit und politischer Mündigkeit verknüpft wird.

Dadurch wird die Partizipation auch auf kommunaler Ebene in Zukunft eine immer größere Bedeutung gewinnen.

Um zu erfolgreichen Formen von Mitwirkung und Beteiligung und daraus resultierenden verbindlichen Vereinbarungen zu kommen, sind alle an diesem Prozess beteiligten gesellschaftlichen Kräfte gefordert. Es bedarf ihres ernsthaften Bemühens, ihrer Fähigkeiten zum gemeinsamen Dialog und zur Entwicklung neuer Beteiligungsformen; zum Beispiel auch im persönlichen Umgang, in Arbeitsabläufen und bei Entscheidungsprozessen.

Gesellschaftliche und soziale Bewegungen auf lokalen Ebenen wie auch auf Bundes- und Landesebene (beispielhaft dafür sind die Agenda 21, der Aufruf zum bürgerschaftlichen Engagement in Baden-Württemberg oder der Aufbau von Freiwilligenzentren) begleiten, beeinflussen und fördern die Umgestaltungsprozesse, die auf eine stärkere Beteiligung von Bürger/innen an Entscheidungsprozessen und Entscheidungen zielen.

Eine zukunftsorientierte Jugendarbeit muss die vielfältigen Bedürfnisse und Anforderungen nach unterschiedlichen Formen des Mitwirkens aufgreifen und das dafür notwendige Erproben ermöglichen.

Offene Kinder- und Jugendarbeit

Die politische Diskussion um Partizipation von Kindern und Jugendlichen verengte sich Mitte der 90er-Jahre in Baden-Württemberg oft auf die Beschäftigung mit parlamentarischen Formen der Beteiligung wie dem Jugendgemeinderat. Andere Beteiligungsformen wie zum Beispiel Jugendforen und Jugendräte traten dadurch mehr in den Hintergrund.

Der Offenen Kinder- und Jugendarbeit ist es zwischenzeitlich gelungen, ihre Positionen in die öffentliche, politische und fachliche Diskussion einzubringen und damit ihren Stellenwert beim Erlernen und Erproben sozialer Kompetenzen deutlich werden zu lassen.

Die aktuelle Auseinandersetzung um die Grundlagen und Formen von Partizipation, sowie die Auswertung der gemachten und vorliegenden Erfahrungen hat dazu geführt, dass Prüfkriterien für Partizipation von der AGJF Baden-Württemberg (Dachverband der Jugend- und Freizeitstätten) erarbeitet und veröffentlicht wurden.

Ein wichtiger Grundsatz dabei ist, dass Kinder und Jugendliche ernst genommen werden und mit ihnen ein ehrlicher Dialog über ihre Bedürfnisse, Wünsche und Interessen bei gemeindlichen Entscheidungen zu führen ist.

Hilfestellungen von öffentlichen Einrichtungen, in denen sich Kinder und Jugendliche aufhalten (Kindergärten, Schulen, Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit) sind notwendiger denn je. Denn trotz einer überaus hohen Zustimmung zum Begriff der Demokratie wächst die Distanz aller zu Institutionen und insbesondere zu Großorganisationen wie Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Verbänden.

Eine zukunftsorientierte Partizipation zielt auf eine aktive Beteiligung am gesellschaftlichen Leben. Sie geht davon aus, dass der Demokratisierungsprozess in unserer Gesellschaft nicht abgeschlossen und ständig fortzusetzen ist. Sie zielt auf eine verstärkte

Kommunikation und damit auf Veränderungen auch in Bereichen wie Schule, Jugendarbeit, Verwaltung und Politik.

Jugendhilfe, die mit ihren Angeboten, beispielsweise der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, diesen Vorstellungen verpflichtet ist, und damit den gesetzlichen Auftrag umsetzt, fördert so nachhaltig

das Wohl der Einwohner/innen eines Gemeinwesens
die Entwicklung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen

und handelt damit in der geforderten und notwendigen Verantwortung für die zukünftigen Generationen.

Jugendbeteiligung - wie?

Die folgende Auflistung von Beteiligungsformen (A) erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Vor allem in der Anpassung der Form vor Ort und in der Kombination von Formen ergeben sich interessante und vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten. Wichtig ist, dass Jugendliche, Kommunalpolitiker/innen und Verwaltungsangehörige gemeinsam ein Beteiligungskonzept entwickeln. Der Abschnitt „Fragen an die Beteiligungsformen“ (B) soll die Wahl der angemessenen Form erleichtern. Die sich anschließenden Kriterien (C) sollten als Umsetzungsvoraussetzungen ins Auge gefasst werden.

(A) Formen der Jugendbeteiligung

Indirekte Beteiligungsformen

Jugendhilfeausschuss
Interessenvertretung durch Offene Jugendarbeit
Jugendverbände und -ringe auf Stadt-, Kreis-, Landes- und Bundesebene
Jugendbeauftragte, Kinder- und Jugendbüros, Jugendbörse

Direkte Beteiligungsformen

Offene Formen

sind in der Regel unkonventionell, nicht an eine bestimmte Institution gebunden und unabhängig von einer Mitgliedschaft in einem Verband oder Verein

Jugendforen/Jugendhearings: Jugendliche, Vertreter/innen aus der Kommunalpolitik und aus der Verwaltung werden in einer Veranstaltung mit Hilfe einer Moderation über ein Thema oder mehrere Themen in den direkten Meinungsaustausch geführt.

Zukunftswerkstätten: durch entsprechende Methoden können Jugendliche sich kreativ auch über einen längeren Zeitraum mit einem Thema beschäftigen und Handlungsmöglichkeiten ausarbeiten.

Jugendinitiativen: Jugendliche engagieren und organisieren sich selbst für ein Thema, meist zunächst ohne die Beteiligung von Erwachsenen.

Projektbezogene Formen

beziehen sich auf das unmittelbare Lebensumfeld der Zielgruppe

„Runder Tisch“, oder Ähnliches: direkte Beteiligung von interessierten Jugendlichen an Projekten, zum Beispiel Mitsprache bei Bauplanungen, Einrichtungen wie Jugendhäusern etc.

Parlamentarische Formen

konventionell mit Anteilen schon bestehender Formen der Erwachsenenpolitik

Jugendgemeinderäte: es haben sich verschiedene Modelle herausgebildet. Die Unterschiede beziehen sich zum Beispiel auf den Wahlmodus, das Wahlalter, die Rechte wie Rede- und Antragsrechte, die Vorsitzregelung etc.. Die beteiligten Jugendlichen stehen in einem kontinuierlichen Kontakt mit Verwaltung und Kommunalpolitik.

Jugendliche in Stadtteilerunden und Arbeitskreisen: Jugendliche werden als „sachkundige Bürger/innen“ in stadtteil- oder themenbezogene Arbeitskreise eingebunden und können dort Jugendinteressen vertreten.

Jugendliche in Parlamenten: Jugendliche haben in bestehenden Parlamenten als „sachkundige Bürger/innen“ Beratungsfunktion, Rederecht und/oder Mitspracherecht.

Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre

(B) Fragen an die Beteiligungsformen

In Baden-Württemberg ist die Einrichtung eines Jugendgemeinderats in der Gemeindeordnung verankert, weitere Beteiligungsformen werden dort nicht genannt. Zurzeit wird diskutiert, die in der Gemeindeordnung getroffenen Regeln bezüglich des Jugendgemeinderats zu erweitern .

Schleswig-Holstein hat die Jugendbeteiligung flexibler in die Gemeindeordnung eingebunden. Dort ist festgelegt, dass Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben in angemessener Weise beteiligt werden sollen, wenn ihre Interessen berührt werden. „Die beste„ Beteiligungsform gibt es jedoch nicht. Die Wahl der Form hängt ab vom Anlass und von der Zielsetzung für die Beteiligung, von den Zielgruppen und von den Bedingungen vor Ort. Je klarer die genannten Faktoren definiert werden, desto konstruktiver wird die Durchführung und die Ergebnisumsetzung sein. Wichtig ist, den Jugendlichen eine Beteiligungsform anzubieten, die ihrer Lebenswelt „gerecht“ wird. Um eine Beteiligung möglichst vieler Jugendlicher als Einzelpersonen beziehungsweise vieler Jugendgruppen zu gewährleisten, müssen mehrere Beteiligungsformen eingerichtet werden, eventuell als Kombination. In jedem Fall entscheidet die Umsetzung der Ergebnisse ebenso über das Gelingen der Beteiligung wie der Inhalt.

Die folgenden Fragen sollen die Wahl der geeigneten Beteiligungsform erleichtern:

Sollen Jugendliche selbst „an den Tisch geholt“ (direkte Form) oder durch Repräsentant/innen vertreten werden (indirekte Form)?

Ist eine Person (als Ansprechpartner/in und Moderator/in) bereit, die Jugendlichen bei ihrer Beteiligungsarbeit zu begleiten und zwischen den Jugendlichen und den Erwachsenen zu vermitteln (fast in jedem Fall eine notwendige Voraussetzung für eine direkte Form)?

Soll die Beteiligung auf ein bestimmtes Projekt bezogen sein (offene bzw. projektbezogene Form) oder eine kontinuierliche Interessenvermittlung von Jugendinteressen darstellen (parlamentarische Form)?

Sind die Jugendlichen bereit und willens, sich in Strukturen der Erwachsenenwelt einzuarbeiten (parlamentarische Form) oder muss eine auf die Jugendlichen abgestimmte Form gewählt werden (offene Form)?

Sollen mehrere Altersgruppen oder eine bestimmte Altersgruppe beteiligt werden (altersangemessene Form)?

Sollen ausdrücklich auch Jugendliche beteiligt werden, die sich voraussichtlich nicht von selbst „zu Wort“ melden, zum Beispiel Jungen sind meistens vorlauter als Mädchen, Einheimische können sich sprachlich meistens besser ausdrücken als Ausländer, Hauptschüler/innen halten sich meistens zurück, wenn Gymnasiasten vor Ort sind (offene Form mit geschlechterdifferenziertem Ansatz/interkulturellem Ansatz/angemessener Kommunikationsmethode)?

Reicht das Angebot einer Beteiligungsform aus oder müssen mehrere Formen angeboten werden, um die Zielgruppen zu erreichen?

(C) Unabhängig von der Beteiligungsform sind folgende Kriterien unabdingbar

Es wird für alle Beteiligten Transparenz darüber geschaffen, in welchem Rahmen reale Veränderungsmöglichkeiten durch die Jugendbeteiligung gegeben sind.

Das Beteiligungsangebot wird so ausgerichtet, dass jugendgemäße, auch spontane und kreative Ausdrucksformen möglich sind. Bei Formen, in denen Jugendliche und Erwachsene zusammenarbeiten, wird die Kommunikation so gestaltet, dass Jugendliche auch mitreden können. Sprachliche oder atmosphärisch bedingte Hemmschwellen werden abgebaut.

Verbunden damit ist die Heranführung der Jugendlichen an die Beteiligungsform: „Informieren und Lust am Mitmachen wecken“, „Arbeit und Spaß“ verbinden sich miteinander. Engagierte Ansprechpartner/innen und Vermittler/innen sind unbedingt notwendig. Die Einbindung der Arbeitsergebnisse in kommunalpolitische Entscheidungen und die Umsetzung in die Verwaltungspraxis wird realisiert und gewollt – Jugendbeteiligung wird ansonsten als „Alibiveranstaltung“ verstanden. Die Sprache der Jugendlichen wird in die Verwaltungssprache übersetzt, um die Ergebnisumsetzung zu gewährleisten. Die Arbeitsergebnisse werden möglichst zeitnah umgesetzt. Jugendliche möchten die Erfolge ihrer Arbeit in ihrer eigenen Jugend erleben.

Bei der Planung sind geschlechtsspezifische Aspekte zu berücksichtigen. Jungen treten bei Beteiligung oft in den Vordergrund. Deshalb gilt es, Mädchen entsprechende Ausdrucksmöglichkeiten zu eröffnen.

Es wird darauf geachtet, dass Jugendliche beiderlei Geschlechts, mit unterschiedlichen schulischen Voraussetzungen und mit verschiedener sozialer, nationaler und ethnischer Herkunft beteiligt werden. Dies kann meistens durch eine Form nicht abgedeckt werden. Deshalb sollte man sowohl innerhalb eines Projekts als auch bei der Erstellung eines Gesamtkonzepts für Jugendbeteiligung eine Vielfalt von Ausdrucks- und Partizipationsmöglichkeiten anstreben.

Fazit

Die Beteiligung nicht nur von Bürgern, sondern auch von Kindern und Jugendlichen, wird eine immer zentralere Aufgabe auf kommunaler Ebene.

Kinder und Jugendliche, die lernen, sich einzubringen, werden sich später als Erwachsene eher aktiv an der Gestaltung und am gesellschaftlichen Leben einer Gemeinde beteiligen.

II. Praxisbeispiele

Eine ausführliche Zusammenstellung von Praxisbeispielen ist noch in der Vorbereitung.

Folgende Materialien liegen dazu vor:

Heilbronner Jugendhaus e.V., Gymnasiumstraße 76, 74072 Heilbronn,
Telefon 07131/93 02 00, Fax 07131/930 202:
Erfahrungsberichte des Heilbronner Jugendhausvereins und der Geschäftsstelle des Jugendgemeinderats

Jugend- und Kinderbüro Schramberg, Schlossstraße 10, 78713 Schramberg,
Telefon 07422/20696, Fax 07422/23016:
Broschüre Lokale Agenda 21 Schramberg, Protokoll der Zukunftswerkstatt „Wir planen unseren Spielplatz in Wittum“

Stadt Ludwigsburg, Kulturamt/Jugendförderung, Mathildenstraße 21/1, 71638 Ludwigsburg,
Telefon 07141/910 2626, Fax 07141/910 -2539
Bericht Jugendbeteiligung in Ludwigsburg

Stadt Reutlingen, Amt für Jugend und Sport, Konrad-Adenauer-Straße 28, 72762 Reutlingen,
Telefon 0721/303-2355, Fax 0721/ 303-2398
Partizipation am Beispiel „Kinder- und Jugendtag Reutlingen“, „Planung und Einrichtung zweier Skateranlagen in Reutlingen“

Stadtverwaltung Öhringen, Hauptamt, Marktplatz 15, 74613 Öhringen,
Telefon 07941/68-219, Fax 07941/68-250
Bericht Jugendforum Öhringen

Stadtverwaltung Wertheim, Kultur- und Presseamt,
Bericht über das Wertheimer Jugendforum

Sonstiges: Stadt Stuttgart, CD-ROM Kinderbeteiligung
LAG Mädchenarbeit: geschlechtsspezifische Partizipation

III. Literaturliste

AGJ Mitteilungen: Jugend will Zukunft - wir mischen uns ein! in Forum Jugendhilfe 2/94

AGJF/Akademie der Jugendarbeit Baden-Württemberg: Wie viel Beteiligung verträgt die Politik? - Partizipation Jugendlicher - nur eine Formsache, Fachtagung Weingarten, Dokumentation Stuttgart 1997

AGJF: Lebensweltorientierte Partizipation in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Stuttgart 1998

AGJF/Landesjugendring Baden-Württemberg (Hrsg.): Mitreden - mitgestalten - mitbestimmen. Projektbericht. Partizipation von Mädchen und Jungen, männlichen und weiblichen Jugendlichen an Entscheidungsprozessen vor Ort, Stuttgart, 1999

Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hrsg.): Am Wort - Kinder- und Jugendbeteiligungsmodelle, 8010 Graz (Österreich), 1995

Arnold, T./Wüstendorfer, W.: Auf der Seite der Kinder - Kinderbeauftragte in Deutschland, ISS-Eigenverlag Frankfurt

BDKJ-Materialien: Jugend - Macht - Politik, Arbeitshilfe, ohne Datum

Blanke, Hedwig/Hovenga, Brigitte/Wawrziczny, Silvia (Hrsg.): Handbuch Kommunale Kinderpolitik, Votum Verlag Münster, 1993

Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter: Positionspapier Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, Kassel 1998

Bundestagsdrucksache 11/6576 (8. Jugendbericht '90): Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe, Bonn 1990

Deutscher Bundesjugendring: Zwischen Erlebnis und Partizipation, DBJR Schriftenreihe Nr. 24, 1994

Deutscher Bundesjugendring: Politik für und mit Kinder, DBJR 1/89

Deutscher Bundesjugendring: Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene stärker beteiligen! Trends - Positionen - Forderungen, Positionspapier des DBJR 1995

Deutsches Kinderhilfswerk (Hrsg.): Parlament der Kinder, Deutsches Kinderhilfswerk, 1993

Deutsches Kinderhilfswerk (Hrsg.). Landesregierung Schleswig-Holstein, Planen mit Phantasie - Zukunftswerkstatt und Planungszirkel für Kinder und Jugendliche

Deutscher Kinderschutzbund: Kinder, Konventionen, Kommissionen, Materialien zum Kinderschutzbund, Hannover, 1993

Gemeindetag Baden-Württemberg: Schwerpunktthema Jugendgemeinderat, Ausgabe 23/95, Stuttgart

Herrmann, Franz: Gelingende Partizipation als kollektiver Lernprozess, in: Jugendhilfeplanung als politischer Prozess, Luchterhand

Herrmann, M.-C.: Jugendgemeinderäte, in: Gegenwartskunde 12/1995

Herrmann, M.-C.: Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg - Eine interdisziplinäre Evaluation, Dissertation 1995, Centarus Verlag

AG Jugendreferent/innen des Landkreistages Baden-Württemberg: „Jugendbeteiligung“, 1999

Kreisjugendring Ravensburg: (In) Zukunft mitgestalten!?, Arbeitshilfe von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Umfeld, 1996

Landesjugendring Baden-Württemberg: Partizipation von Kindern und Jugendlichen, Positionspapier des LJR Baden-Württemberg e.V., Stuttgart, 1996

Landesjugendring Baden-Württemberg: Leitfaden Partizipation - Viele Wege ein Ziel, Stuttgart, 1997

Landeswohlfahrtsverband Baden: Beteiligung von Jugendlichen an Entscheidungsprozessen in der Kommune, Voraussetzungen - Verfahren - Materialien, eine Orientierungshilfe, Landesjugendamt, Karlsruhe, 1998

Landeskommission Baden-Württemberg für das internationale Jahr der Jugend: Das Internationale Jahr der Jugend in Baden-Württemberg, Stuttgart, 1986

Ministerium für Kultus und Sport (Hrsg.): Jugendpolitische Konzeption der Landesregierung Baden-Württemberg, Stuttgart, 1996

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport: Jugendwelten - Einstieg für Erwachsene, Stuttgart, 1998

Musteraktionen erfolgreicher Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Bürgermeister und Behördenchefs - Musteraktionen für die Jugend, WEKA-Verlag

„Mut kommt gut“, Dokumentation 2. Kinder- und Jugendhilfetag Baden-Württemberg 1999

Neels, Manuela u.a.: Kinder und Jugendliche als Experten gefragt, in: Jugendhilfe 6/1998

Schröder, Richard: Kinder reden mit, LBS-Initiative Junge Familie (Hrsg.), Beltz Verlag Weinheim und Basel 1995

Stadt Braunschweig: stell dir vor, du sagst deine Meinung und die richtigen Leute hören zu ..., Braunschweiger Hefte/Jugendförderung, 1995

Stiftung Mitarbeit: Kinderpolitik - Kinderbeteiligung, Konzepte, Modelle, Materialien, Bonn 1993

Trede, Wolfgang: Kindern und Jugendlichen eine Stimme geben! in: Jugendhilfe 6/1998

Verein für Friedenspädagogik e.V.: Mut zur Einmischung, Tübingen, 1995